

SOLIDARITÄT

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden



Themen in dieser Ausgabe:

- „Zwangsarbeit“ durch 1 € Jobs
- Brauchen wir einen neuen 17. Juni?
- Vita Zahnfabrik — Demo für faire Entlohnung
- Danke, Irland! Nein zum Lissabon-Vertrag !
- Herzlichen Glückwunsch Attac!
- NEU, NEU Extra, Extra Starck
- Rheinfelder Montagsdemo in Aktion

IN DIESER AUSGABE:

„Zwangsarbeit“ durch 1 € Jobs	2
Brauchen wir einen neuen 17. Juni?	2
Vita Zahnfabrik – Streik für faire Entlohnung	2
Danke, Irland! Nein zum Lissabon-Vertrag !	3
Herzlichen Glückwunsch Attac!	3
NEU, NEU Extra, Extra Starck	3
Rheinfelder Montagsdemo in Aktion	4

Kein Lohn unter 10 € - ist auch eine Forderung der Montagsdemo!

10 € brutto – immer noch ein Niedriglohn!

International gelten als Niedriglohn zwei Drittel des Wertes, der von der Hälfte aller Bruttolöhne erreicht wird. Danach ist ein Bruttolohn von 1.670 € ein Niedriglohn. (T. Kalina, C. Weinkopf, Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland, IAT-Report 2006/03, 3)

10 € reichen nicht, wenn man Kinder hat!

10 € brutto decken selbst bei einer Gesamtarbeitszeit der Eltern von 66,5 Stunden in der Woche nicht die vollen Unterhaltungskosten einer vierköpfigen Familie auf Hartz IV-Niveau. Beispiel: Familie Müller hat zwei Kinder unter 18. Bei einer durchschnittlich als angemessen anerkannten Warmmiete von 488 € haben sie je nach Alter der Kinder einen Alg II-Bedarf zwischen 1.529 und 1.669 €. Wenn Frank M. 38,5 und Eva M. 28 Stunden die Woche für 10 € brutto die Stunde arbeiten würden, würde ihr Nettolohn zusammen 1.976 € (Steuerklasse III/IV) betragen. Von Frank M.'s Lohn werden 310 €, von Eva M.'s Lohn 280 € nicht als Einkommen angerechnet. Angerechnet werden also nur 1.386 € (1.976€ - 590€). Je nach Alter der Kinder hätten sie allein mit ihren Nettolöhnen (d.h. ohne Kindergeld) noch einen Alg II-Anspruch zwischen 143 und 283 €.

10 € brutto – knapp an der Armutsrente

10 € brutto ergeben (bei 38,5 Wochenstunden) einen Jahresverdienst von 20.040 €. Das entspricht nur etwa 68% des gegenwärtigen durchschnittlichen Bruttojahresentgelts. Pro Versicherungsjahr würden damit in Westdeutschland 68% des gegenwärtigen Rentenwertes von 26,27 € oder rund 18 € erzielt. Bei 40 Versicherungsjahren erreichen Männer eine Rente von 720 €, Frauen bei 30 Jahren eine Rente von 540 €.

All das zeigt:

die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 € ist äußerst bescheiden!

Arbeitgeber: Wer von seinem Lohn leben will, macht sich arbeitslos!

Arbeitgeber interessieren sich nicht dafür, ob man von seinem Lohn Miete zahlen, Kinder ernähren oder eine ausreichende Rente erarbeiten kann. Sie kaufen die Ware Arbeitskraft, um Gewinne daraus zu erzielen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde die Rendite des Kapitals schmälern. Die Arbeitgeber-Propaganda verschleierte die Profitgier und nennt den gesetzlichen Mindestlohn "beschäftigungsfeindlich". Lohnabhängige, die danach streben, über den Lohn das soziale Existenzminimum zu decken, machen sich angeblich selbst arbeitslos. Die Bundesvereinigung der Ar-

beitgeberverbände (BDA) kämpft, solange es geht, gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit Unternehmen ungehindert Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen und Arbeitskräfte auf staatliche Lohnzuschüsse z.B. über Hartz IV verweisen können. Auch Kombilöhne erhöhen die Prozentsätze der Renditen.

Arbeitslosigkeit wegen zu hoher Löhne?

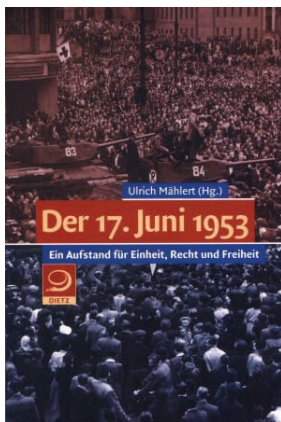
Arbeitgeber behaupten, dass die Massenarbeitslosigkeit nur eine Folge zu hoher Löhne sei. Schon bei einem Armutslohn von 7,50 € malen sie das Drohbild Hunderttausender Arbeitsloser an die Wand. (BDA kompakt, Juli 2007). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten jedoch ist in Deutschland von 29,5 Mio. im Jahre 1991 auf 23,2 Mio. im Jahr 2006 gesunken (IAB-Kurzbericht 5/2007, 8), obwohl es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt und die Nettoarbeitslöhne im Durchschnitt gesunken sind. (FAZ 25.09.2007, 11) Die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt eben nicht wegen zu hoher Löhne. Sie sinkt aufgrund technischer Fortschritte und höherer Produktivität.

Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro statt Kombilöhne und Lohnsubventionen mit Hartz IV





1-Euro-Jobs sind keine Hilfe, sondern ein Tritt in den Hintern!



„Zwangsarbeit“ durch 1€ Jobs

Bürgerdienst

„Ein-Euro-Jobs haben reguläre Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich verdrängt. Doch Wirtschaftsminister Glos möchte Pflichtarbeiten für Erwerbslose noch ausbauen.“

Die Missstände der Ein-Euro-Jobs waren schon nicht mehr zu übersehen. Betten beziehen im Altenheim oder Kochen in der Kita: Bismarck durfte es den Verantwortlichen für Arbeitsmarktpolitik schwer fallen, diese Tätigkeiten als „zusätzlich“ zu rechtfertigen. Anfang Mai [extern] bestätigte der Bundesrechnungshof im Prüfbericht „Durchführung der Grundsicherung für Arbeit“ einmal mehr, dass

die wenigsten Ein-Euro-Jobs die gesetzlichen Kriterien, u. a. der „Zusätzlichkeit“ und „Integrationsförderung“, erfüllen: In 68 Prozent der untersuchten Fälle wurde gegen die Vorschriften verstoßen...“

[Artikel von Luise Michels in telepolis vom 21.05.2008](#)

Über 50 Prozent aller Eintritte von Hartz IV Empfängern in Beschäftigung sind Ein-Euro Jobs. 2007 waren es fast 800 000.

So auch hier in unserer Region: Karl-Heinz berichtete auf der 182. Montagsdemo der davon selbst betroffen ist. Zur (Zwangsvorstellung) Vorstellung im Markus-Pflüger-Heim in Wiechs erschienen, wurde der Aufgabenbereich erläutert. Laut

Schreiben der GAL sollte die Tätigkeit Fahrdienst für Heimbewohner sein. Was genau bedeutet Fahrdienst? Es müssen Essenswagen von der Küche auf die jeweiligen Stationen gefahren werden. Mal ein anderer Fahrdienst!

Wie heißt es im Gesetz: Ein Euro Jobs müssen im öffentlichen Interesse und zusätzlich sein, um eine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt zu vermeiden. Haben die Heimbewohner ihr Essen vorher alleine geholt, oder? So wird Sklavenarbeit wieder salonfähig! **Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.**

(Heinrich Heine)

Wie wahr! Wie wahr!

Brauchen wir einen neuen 17. Juni?

Warum lassen wir uns von einer Handvoll raffgieriger und arroganter Politiker eigentlich alles vorsetzen? Die verhökern Deutschland auf den Weltmarkt, damit sich die Multis Milliarden Gewinne einstreichen können und Millionen Bürger arbeiten nur noch für Steuern und Abgaben. Die Produktion wandert Schritt für Schritt in Billiglohnländer ab. Multis lassen billig im Ausland produzieren und bieten uns dann die Waren zu weit überhöhten Preisen an. Die

maßlose Raffgier einiger weniger verwandelt Deutschland in einem Staat von Abzockern. Egal ob bei Energie- oder Benzinpreisen, Medikamenten usw. werden wir massiv abgezockt. Warum sind die gleichen Medikamente im Ausland um mehr als 200 % billiger? Warum kosten Kraftstoffe in vielen Ländern nur 40 bis 60 Cent? Haben andere Länder andere Ölquellen? Die Raffgier ist auch bereits massiv im Gesundheitswesen eingezogen. Milliarden von Euro werden jährlich allein für

Traumgehälter von über 220 Krankenkassenchefetagen und deren Verwaltungen versenkt. Es müsste keine Zuzahlungen und Zweiklassenmedizin geben, wenn Milliarden Euro für eine sinnlose Bürokratie verschwendet werden würde. Die Bosse und Vorstände der Krankenkassen greifen massiv in unsere Beitragskassen um sich persönlich zu bereichern.

Warum lassen wir uns das eigentlich bieten?



Nicht nur Montags auf die Straße, auch wenn möglich solidarisieren wir Montagsdemonstranten auch mit den Arbeiter/innen der VITA Zahnfabrik in Bad Säckingen und streiten gemeinsam für ihre Forderungen.

Vita Zahnfabrik — Demo für faire Entlohnung



Am 18. Juni zogen etwa 50 Teilnehmer mit lautem Pfeifen mitten durch die Säckinger Innenstadt zum Verwaltungsgebäude der Vita Zahnfabrik. Bei der Kundgebung direkt vor dem Büro der Geschäftsleitung sprachen neben der BR-Vorsitzenden Petra Höhne die Vertreter der IG BCE Winfried

Penshorn und Oliver Hecker. Ein Vertreter der KAB (katholischer Arbeitnehmerbewegung) überbrachte solidarische Grüße. Solidarität drückten auch Betriebsräte und Vertrauensleute von H.C. Starck, Evonic, DSM und Umicore, sowie Vertreter der Montagsdemo mit ihrer Teilnahme aus. Die Angst unter den Beschäftigten, gesehen zu

werden und aufzufallen, hinderte wohl viele an einer Teilnahme.

Ein Beitrag von Martina Ebner (IGBCE)

„Solidarität“ ist unter uns Montagsdemonstranten kein leeres Wort. Wann immer es uns möglich ist, zeigen wir aktiv unsere Verbundenheit.

Danke, Irland! Nein zum Lissabon-Vertrag!

Drei Jahre nach dem Scheitern der EU-Verfassung am Nein der Niederländer und Franzosen haben die EU-Eliten erneut eine Niederlage erlitten: Beim Referendum in Irland über den Vertrag von Lissabon - den Ersatz für die gescheiterte Verfassung - stimmte eine klare Mehrheit mit "Nein".

Die Iren haben stellvertretend für die 26 Länder, in denen kein Referendum durchgeführt werden muss, ein Europa der Milliardäre und Militärs abgelehnt.

Diese Meinung teilen auch viele Organisationen und Einzelpersonen aus den linken und sozialen Bewegungen in

Deutschland und Europa.

Nein zur Militarisierung der Union.

So meint der EU- Abgeordnete Tobias Pflüger (MdEP, DIE LINKE): "Nun muss das NEIN zum Lissaboner Vertrag von den EU-Eliten akzeptiert werden. Da es sich beim Lissaboner Vertrag nur um eine leicht veränderte Variante des alten

EU-Verfassungsvertrages handelte, der in Frankreich und den Niederlande abgelehnt worden war, ist es nun an der Zeit, dieses Vertragswerk aufzugeben.

Absage an Europa der Milliardäre.

Auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat das Nein der Iren zum EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) begrüßt.

Während immer mehr Men-

schen durch die sozialen Netze fallen, organisiert die Europäische Union bereits heute einen gnadenlosen Standortwettbewerb. Soziale Gerechtigkeit muß endlich ganz oben auf die europäische Tagesordnung. Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa sei weder auf der Grundlage der bestehenden Verträge noch mit dem EU-Reformvertrag zu haben. Dies ist die eigentliche Ursache der zunehmenden Europaskepsis.

Demokratiedefizit sichtbar gemacht.

Mit "Danke Irland!" würdigte das Sekretariat der Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung die Ablehnung des Lissabon - Vertrags.



Wir Bürger/innen Europas wollen über unsere Zukunft mitbestimmen und nicht von unseren Regierungen bestimmt werden. Die EU — Verträge sollen den Menschen Europas helfen und nicht die Monopole reicher machen.

Herzlichen Glückwunsch Attac!

Vor 10 Jahren, im Juni 1998 wurde in Frankreich das globalisierungskritische Netzwerk attac gegründet. Mit Attac und vielen globalen Initiativen und Mobilisierungen ist die Globalisierungskritik populär geworden.

Der Wunsch, den Finanzmarkt-Kapitalismus durch

eine Börsenumsatzsteuer zu bändigen, mündete vor zehn Jahren in der Gründung des globalisierungskritischen Netzwerks. Seitdem folgten Hunderttausende dem Attac-Motto "Eine andere Welt ist möglich", um gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Dass sie noch nicht am

Ziel sind, belegen diese Themen: Die Bundesregierung schickt noch mehr Soldaten in den verlorenen Krieg in Afghanistan, Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut bedroht und die Ungleichheit zwischen Ost und West existiert weiterhin. Ja, eine andere Welt ist möglich - und dringend nötig!



NEU, NEU - Extra, Extra Starck

Zeitung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Firma H.C. Starck auf unserer Homepage unter Newsletter zu finden.

Die Vertrauensleute der Firma H.C. Starck sind die eigentlichen Initiatoren der Rheinfelder Montagsdemo. Schon einige Jahre zuvor haben die Vertrauensleute von H.C. Starck Montagsdemos durchgeführt.

Auf unserer Homepage kann

man noch mehr Informationen nachlesen.



Auch heute noch lassen es sich die Ver-

trauensleute nicht nehmen, immer am letzten Montag im Monat die Rheinfelder Montagsdemo zu moderieren. Zwischen den Montagsdemonstranten und den Vertrauensleuten hat sich über die vielen Jahre eine sehr gute Zusammenarbeit und Freundschaft entwickelt



V.i.s.d.P. :

Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Arbeitsgruppe „GLOBALISIERUNGSKRITISCHE STADTFÜHRUNG“** von Attac trifft sich immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK Lörrach um 19:00 Uhr
- Die „**DIE LINKE**“ Breisgau-Hochschwarzwald Termine auf unserer Homepage.
- Die treffen der **MLPD** Initiativgruppe aktuell auf unserer Homepage
- **ACHTUNG** weitere interessante Termine findet Ihr auf unserer Homepage.

Besuchen Sie unsere Homepage
www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE

Rheinfelder Montagsdemo in Aktion

Auf der 181. Montagsdemo wurde der rechte Gleichklang der Medien und deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und deren Bürger unter die Lupe genommen.



Frauenpower auf der Montagsdemo!

Deswegen sind wir jeden Montag aktiv!

Auch aktuelle Umweltthemen aus der Region, wie die Scheinberg Deponie, sind wichtige

Themen von unseren Montagsdemonstranten bei uns.



Auch die Gespräche mit den Passanten und das verteilen unserer Flyer sind wichtige Elemente der Montagsdemo.

Aloisia hat auf der 182. Montagsdemo auf die Streikbereitschaft der ver.di Gewerkschaft und deren Mitglieder hingewiesen, sowie auch auf die Mitgliederzunahme in unserer Region. Es zeigt deutlich, daß unsere Be-

schäftigten sich nicht mehr alles gefallen lassen. Sie organisieren sich, um aktiv Widerstand leisten zu können. Unsere Unterstützung und Solidarität ist Ihnen gewiss.

1 € Job - Missbrauch in unserer Region! Das war ein Tatsachenbericht auf der Montagsdemo. Kein Wunder, dass immer mehr Vollzeit - Jobs verloren gehen. Und dies alles durch Zwangsarbeit der Hartz IV Betroffenen, die sich nicht wehren können.

Wir wünschen niemanden, daß er diese Demütigungen und Erniedrigungen selbst erleben muß!

Erika eröffnete die 183. Montagsdemo mit einem Umweltthema aus



Region. Ein Gedicht von einem Mädchen aus einer 4. Klasse begeisterte die Anwesenden. Das Gedicht „**Sonnenuntergang**“ ist auf unserer Homepage unter Reden der 183. Montagsdemo zu finden.



Heiß war es auf der 184. Montagsdemo, auch am Mikro